

Bezugspreise

für Österreich-Ungarn
ganzjährig K 4.—
halbjährig K 2.—

für Amerika:
ganzjährig D. 1.50
für das übrige Ausland
ganzjährig K 5.20

Briefe ohne Unterschrift
werden nicht berücksichtigt,
Manuskripte nicht zurück-
gegeben.

Gottscheer Bote.

Erscheint mit einer illustrierten Beilage „Wandermappe“ am 4. und 19.
eines jeden Monats.

Bestellungen übernimmt die **Verwaltung des Gottscheer Boten** in Gottschee, Hauptplatz Nr. 87.
Berichte sind zu senden an die **Schriftleitung des Gottscheer Boten** in Gottschee.

Anzeigen (Inserate)
werden nach Tarif be-
rechnet und von der Ver-
waltung des Blattes
übernommen.

Die „Wandermappe“ ist
nur als Beilage des Gott-
scheer Boten erhältlich.

Postsparkassen-Konto
Nr. 842.285.

Verkaufsstelle: Schul-
gasse Nr. 75.

Nr. 28.

Gottschee, am 19. November 1907.

Jahrgang IV.

Christlichsoziale Minister.

Die Christlichsozialen, die bisher gewissermaßen eine regierende Partei genannt werden konnten, sind nunmehr eine Regierungspartei geworden. In einer der schwierigsten Regierungs- und Parlamentskrisen, die wir in Österreich erlebt haben, lag der Schlüssel zur Lösung in den Händen der Christlichsozialen. Dr. Lueger wurde der Retter und der Nothelfer. Da die anderen Parteien nicht den Mut aufbrachten, für das Werk ihrer eigenen Parteiminister, nämlich für den Ausgleich mit Ungarn, sich allein auf die Schanze zu stellen und da Österreich durch das eventuelle Scheitern des Ausgleiches in einen vertragslosen Zustand gegenüber Ungarn gekommen wäre, in dem es ohne Volksvertretung (Anwendung des § 14!) und ohne wirtschaftliche Rüstung gegenüber einem rücksichtslosen Gegner dagesunden wäre, so brachte die christlichsoziale Partei, die sonst den ihr gebührenden Anteil an der Macht erst später reklamiert hätte, mit Rücksicht auf das Unheil, das sonst über unsere Reichshälfte hereingebrochen wäre, das Opfer, für den Ausgleich einzutreten und die Stellung Österreichs gegenüber Ungarn verstärken zu helfen.

In das Ministerium Beck sind infolgedessen zwei der tüchtigsten Männer der christlichsozialen Partei eingetreten: Dr. Gschmann und Dr. Ebenhoch; Dr. Gschmann zunächst als Minister ohne Portefeuille, aber mit der Anwartschaft auf das demnächst zu errichtende Arbeitsministerium, Landeshauptmann Dr. Ebenhoch als Ackerbauminister. Österreich wird also, dafür ist nun sichere Gewähr geboten, nicht ohne und nicht gegen die christlichsoziale Partei regiert werden.

In den Judenblättern, die „Neue Freie Presse“ voran, las man deshalb natürlich ein schreckliches Gejammer über die aufsteigende Macht der Christlichsozialen. Das ist ein gutes Zeichen; denn wenn die Judenblätter schimpfen und jammern, dann darf man mit Sicherheit annehmen, daß für das christliche Volk bessere Tage kommen. Die christlichsoziale Partei hat schon bisher die glänzendsten Beweise volksfreundlichen Schaffens in Stadt und Land gegeben, sie ist nun als Regierungspartei berufen und wird auch die Macht haben, die wesentlichen Forderungen ihres Programmes durchzusetzen und die Lage der produzierenden Stände zu verbessern.

Gewiß, es hat ja auch schon früher in Österreich vereinzelte christlichgesinnte Männer als Minister gegeben, aber hinter ihnen stand keine überragend mächtige christliche Volkspartei und so mußten sie sich mit faulen Kompromissen und schwachen Halbheiten begnügen. Die christlichsozialen Führer, die jetzt ins Ministerium eingetreten sind, sind nicht aus solchem Holze geschnitten, sie werden sich und ihrem Volke treu bleiben, sie werden nicht als zaghafte, ängstliche Leisetreter eine schlappherzige Politik betreiben, sondern, gestützt auf die größte Partei im Parlamente, mutig und kraftvoll einstehen für die wahren Interessen des christlichen Volkes und ihres deutschen Stammes. Hoherfreulich ist es, daß der neue Minister Doktor Gschmann gleich am Tage nach seiner Ernennung in einer Wählerversammlung in Wien betonte, daß er als „Parteiminister“ in stetem und innigstem Kontakt mit seiner Wählerschaft verbleiben werde und daß die Christlichsozialen nach wie vor mit zäher Kraft an der Durchführung ihres Parteiprogrammes arbeiten werden.

Für die christliche Bauernschaft ist die Besetzung der beiden

Die Ortsnamen der deutschen Sprachinsel Gottschee.

(Fortsetzung.)

Die Ortsnamen um Gottschee herum und dann über Mösel hinab bis gegen Graslinden und hinüber nach Nesseltal sind nämlich fast ausnahmslos deutsch. Das einzige Friesach macht eine Ausnahme; da kann man aber sagen: exceptio firmat regulam, die Ausnahme bestätigt die Regel. Die Besiedlung des Gottscheer Bodens (Gottschee-Mösel) zunächst durch Kärntner, dann später durch Zuzüge aus schwäbischen und mitteldeutschen Gebieten ist vielleicht schon um die Mitte oder gleich nach der Mitte des vierzehnten Jahrhunderts im großen und ganzen, oder sozusagen in den Hauptzügen beendet worden, während das abgelegene Nesseltal und die Landschaft dort herum bis hinüber über das Gebirge über Taubenbrunn und Scherenbrunn erst etwas später an die Reihe gekommen sein dürfte. Die Urkunde des Jahres 1363 erwähnt nämlich nur die Gegenden von Gottschee, Pölland, Kostel, Ossinitz und Göttenitz, während das Nesseltaler Territorium und der Landstrich hinüber bis gegen Eschermoschnitz nicht genannt wird. Tatsächlich fällt die Gründung der Pfarre Nesseltal, nach den Angaben des Catalogus cleri Labacensis wenigstens, welche nachzuprüfen wir keine Gelegenheit hatten, erst ins Jahr 1400. Die Nesseltaler

sind auch ein ganz anderer Menschenschlag als die übrigen Gottscheer, dürften demnach zum Teile auch aus einer anderen Gegend gekommen sein. Der Familienname Kabuse z. B. scheint auf deutsch-böhmisches Gebiet hinzuweisen (Fluß Radbusa).

Dies ist also in großen Umrißen unsere Ansicht über den Beginn und den Fortgang der Kolonisation von Gottschee, soweit sich hierüber Mangels an Urkunden aus den Ortsnamen Wahrscheinlichkeitschlüsse ziehen oder wenigstens Vermutungen aufstellen lassen.

Den völligen Abschluß der Kolonisation von Gottschee dürfen wir uns übrigens keineswegs als schon im vierzehnten Jahrhundert beendet denken; das dürfte höchstens für das Hinterland oder wenigstens für die Gegend Göttenitz-Rieg-Morobitz zutreffen. Im „Lande“, im „Unterlande“ und im Waldner Gebiet war dem wohl kaum so. Die Ortschaften mit größerer Hubenzahl allerdings dürften auch dort wahrscheinlich so ziemlich alle schon im 14. Jahrhundert errichtet worden sein; anders aber dürfte die Sache stehen mit manchen kleinen, ganz unbedeutenden Örtchen, die im alten Urbar nur mit einer oder nicht einmal mit einer ganzen Urbarshube verzeichnet sind. Von diesen — sie sind seinerzeit bei der Erklärung der Namen angeführt worden — sind wohl so manche erst durch eine Art natürlicher Nachbesiedlung von den größeren Ortschaften

oben genannten Ministerposten mit christlichsozialen Parteiführern auch aus dem Grunde von hoher Bedeutung, weil hiedurch der Schutz ihrer Interessen in die besten Hände gelegt ist. Wir haben allen Grund zu hoffen, daß nunmehr der Bauernstand einer glücklicheren Zukunft entgegengehen wird. Die christlichsoziale Partei in Gottschee wird es gewiß nicht versäumen, ihr Möglichstes dazu beizutragen, daß nun auch dem so lange vernachlässigten Gottscheer Ländchen wirtschaftliche Hilfe gebracht werde; sie erwartet hiebei den kräftigen Beistand der christlichsozialen Partei und der christlichsozialen Minister. Möge es den Christlichsozialen in Gottschee, die so lange und so schwer von Leiden und Verfolgungen heimgesucht waren, in Bälde beschieden sein, Tage der Freude und des Triumphes zu erleben! Wir schließen mit dem Rufe: Heil und Sieg der christlichsozialen Sache!

Die neue Lage.

Von der christlichsozialen Reichsparteileitung erhielten wir nachstehende Kundgebung, in welcher die Gründe angegeben werden, die die Christlichsoziale Vereinigung des Abgeordnetenhauses zu dem Entschlusse veranlaßt haben, zwei ihrer besten Männer in das Kabinett Beck zu entsenden. Nicht leicht haben sich in verhältnismäßig kurzer Zeit so tiefgreifende Veränderungen in den gesamten öffentlichen Verhältnissen vollzogen, wie sie durch die zum Abschluß gebrachte Ministerkrise herbeigeführt wurden. Es hat sich nicht nur die Zusammensetzung des Ministeriums Beck geändert, sondern wir stehen vor einer gründlichen Umgestaltung unseres gesamten politischen Lebens. Seit mehr als zehn Jahren bildet der Ausgleich mit Ungarn die Schicksalsfrage für den Gesamtstaat. Der Abschluß der Handelsverträge mit dem Auslande und der Ablauf jener Gesetze, durch welche das Verhältnis zwischen Österreich und Ungarn bisher geregelt wurde, mußten mit zwingender Notwendigkeit endlich auch eine Erledigung der Ausgleichsfrage herbeiführen. Die Ausgleichsfrage ist aber dormalen gleichbedeutend mit der Frage des Weiterbestandes der Monarchie in ihrer gegenwärtigen Form. Nie ist die Lage eine verantwortungsvollere gewesen als im gegenwärtigen Augenblicke.

Die christlichsoziale Partei war unter allen die erste, welche in allen auf das Verhältnis zu Ungarn Bezug habenden Fragen unkeugbar einen prononzierten Standpunkt seit längerer Zeit eingenommen hat, freilich nicht in dem Sinne „Los von Ungarn“, wie ihr vielfach fälschlich imputiert wird, sondern in dem Sinne einer

aus, durch Neurodungen entstanden, und zwar durch Söhne, die keine Aussicht hatten, auf die väterliche Hube als Besitzesnachfolger zu kommen. Diese nachträgliche, nicht von außen her kommende, sondern im Lande selbst und durch die Nachkommen der längst einheimisch Gewordenen geschaffene, also interne, innere Kolonisation ist nicht einmal um 1574 noch zum Abschluß gebracht gewesen.

Einen gewissen Einblick in diese Sache gewinnen wir durch eine Klage und Anordnung, die im Urbar des Jahres 1574 zu lesen ist. In dem Abschnitt über die Wälder nämlich (S. 29) heißt es u. a., daß durch „etliche nacheinander gewest Inhaber, denen Underthannen auf ir Anlangen und gegen einer Ehrung in die Wälder zusteun und new Hueben aufzureitten und aufzupauen bewilligt und erlaubt (worden sei), wie dan gannez Herrschaft von Roucherstauden also aussgereit und zum Paw gebracht — ist doch anpocz über gehalten Augenschein verordent und beuolchen worden, das nun hinsüran gar khainen Underthannen noch andern ferrer nit zuegelassen werden soll, gegen Verehrung, auf Zinss Zehent, oder dergleichen gelegenhait, ainichen ferrern Einfang und Gereutt zumachen. Sondern der Inhaber soll durch seine Vorsikhsnecht, das die Wälder, Hölzer und Forstt, sowoll das Büechengehülcz, als die Hoch und Schwarz Wald in der gannezen Herrschaft souil

Befreiung von dem demütigenden Joche, das uns Ungarn seit 1867 in stets steigendem Maße auferlegt hat. Wenn sie sich jetzt für die Annahme des Ausgleiches entschieden hat, so ist diese Stellungnahme darin begründet, daß sich der Ausgleich im gegenwärtigen Augenblicke als eine wahre Staatsnotwendigkeit einerseits herausgestellt hat, daß aber andererseits in dem neuen Ausgleichsoperat eine Reihe von Bestimmungen festgelegt, beziehungsweise eliminiert erscheinen, welche den gegenwärtigen Zustand durch das Moment der Unsicherheit und Unklarheit so außerordentlich drückend gemacht haben.

So schwere Bedenken gegen den Ausgleich mit vollem Rechte erhoben werden, so durfte man sich doch nicht verhehlen, daß, wenn man es nicht eventuell auf einen Bürgerkrieg ankommen lassen wollte, der Beck-Wekerlesche Ausgleich noch immer die beste Lösung der Frage darstellt. Aber auch das Moment mußte von einer im Volke wurzelnden und auf parlamentarischem Boden stehenden Partei wohl ins Auge gefaßt werden, daß nicht durch eine infolge Scheiterns des Ausgleiches hervorgerufene Krise unser ganzes konstitutionelles Leben den ärgsten Erschütterungen ausgesetzt werde. Dem Ministerium Beck oder dessen Nachfolger wäre nichts übrig geblieben, als durch Auflösung des Hauses einen neuen Wahlkampf von furchtbarster Heftigkeit zu entfachen. Auch das mußte ins Auge gefaßt werden, daß die materiellen Verluste in Österreich infolge des Scheiterns des Ausgleiches viele Tausende von Existenzen geschädigt, ja vernichtet hätten.

Seit mehr als zehn Jahren hat das Abgeordnetenhaus es nie zu einer schöpferischen Tätigkeit gebracht, weil das Ausgleichsgepenst in jedem Augenblicke hindernd in Erscheinung getreten ist. Die großen sozialen Probleme, deren Lösung von Tag zu Tag dringender wird, mußten wegen der offenen Ausgleichsfrage jederzeit vertagt werden. Durch die Finalisierung des Ausgleiches wird nunmehr einer sozialen Reform der Weg geebnet und auch die Möglichkeit einer vernünftigen Lösung der nationalen Frage gegeben. Denn solange der Ausgleich in Frage stand, mußte auch jederzeit die Befürchtung auftauchen, daß die Ausgleichsfrage zum Anlaß eines gerade uns Deutsche tief schädigenden Tauschgeschäftes in nationaler Hinsicht hätte werden können.

Nun zum Eintritt der Christlichsozialen in die Regierung. Dieselben haben noch in den allerletzten Tagen erklärt, daß sie nicht geneigt seien, vor Abschluß der Ausgleichsverhandlungen an der Regierung sich zu beteiligen. Sie haben diesen Standpunkt auch in den im Laufe der letzten Tage mit dem Ministerpräsidenten Baron Beck abgehaltenen Konferenzen festzuhalten versucht. Sie mußten denselben aber unter der Wucht der dieser Auffassung entgegenstehenden Tatsachen notgedrungen aufgeben. Noch in den jüngsten Tagen

müliglich gehaidt, erzügelst und darin fürpas gar nicht geschwendt noch gebrennt werde, das er, Inhaber, jährlich zu einem Wissen, öffentlich und bey benenunter Straf verüeffen und erenstlich darob hanidthaben soll.“ Die Sprache und die Satzfügung mutet uns etwas fremdartig an; es ist eben Ausdrucksweise (unbeholfene Satzfügung) der damaligen Zeit; aber der Sinn ist ja klar. Wenn da Klage geführt wird, daß schon unter mehreren Inhabern, also wohl bereits bald nach dem Aussterben der Cillier Grafen im 15. Jahrhunderte unbefugterweise Neurodungen gemacht worden seien, so bezieht sich das offenbar auf eine Reihe kleinerer Ortschaften und Weiler mit ein bis zwei oder noch weniger Huben. Daß aber das Verbot, in Zukunft in den Wäldern weitere „Einfänge“ und Rodungen zu machen, auch späterhin angesichts der Zunahme der Bevölkerung in praxi nicht aufrecht erhalten werden konnte, beweist unwiderleglich der Umstand, daß im alten Urbar eine Reihe von Ortschaften und Weilern nicht enthalten sind, die wir jetzt in Gottschee haben. Im Hinterland (Amt Kieg) allerdings ist dies weniger der Fall; da vermiffen wir im alten Urbar nur Suchen, Merleinsraut und Gehag. Im alten Oberamt Gottschee hingegen treffen wir um 1574 noch nicht an: Schönberg, Langenton, Oberwarmberg (letzteres lag wohl schon jenseits der Herrschaftsgrenze). Die meisten Ortschaften aber vermiffen wir 1574 im alten Unteramt Gottschee, und

wurde in der christlichsozialen Partei sehr ernstlich erwogen, ob es nicht besser sei, ohne jede Teilnahme an der Regierung dem Ministerium Beck bei der Ausgleichsfrage die Unterstützung angedeihen zu lassen, und es hat der christlichsozialen Partei einen überaus schweren Entschluß gekostet, nicht an dieser Lösung der Krise festzuhalten. Aber im entscheidenden Augenblicke hat die Regierung mit allem Nachdruck geltend gemacht, daß ohne Eintritt der Christlichsozialen in das Kabinett die Lage überhaupt nicht zu halten sei. Denn wenn die Christlichsozialen auf ihrer Weigerung beharrten, dann waren auch die deutschen Agrarier für die Teilnahme an der Regierung nicht zu haben und von einer Lösung der partiellen tschechischen Krise konnte dann erst recht nicht mehr die Rede sein. Die Christlichsozialen haben bei diesem Anlasse in der Tat ein hochpatriotisches Opfer gebracht. Sie, die stärkste Partei des Hauses und im Gegensatz zu den übrigen Parteien — was besonders schwer ins Gewicht fällt —, eine solche von festem Gefüge, haben sich mit einer unzureichenden Beteiligung an der Regierung begnügt, indem sie das Ackerbauministerium mit der Promesse eines erst zu schaffenden Wirkungsbereiches eines zweiten Ressorts annahmen. Was die Wahl der Männer betrifft, welche für die Vertretung der christlichsozialen Partei in Frage kamen, war dieselbe eigentlich längst entschieden. Es sollten beide Gruppen, die christlichsoziale und die ehemals konservative vertreten sein, u. zw. durch die um die Organisation beider Gruppen verdientesten Männer Dr. Gehmann und Dr. Ebenhoch. Der Eintritt beider Männer in das Kabinett wird zunächst die Folge haben, daß auf diesen beiden wichtigen Gebieten im Sinne des Parteiprogrammes möglichst bald Handgreifliches geleistet werde. Er bietet auch die Gewähr dafür, daß auf den anderen für das öffentliche Wohl zum Teil noch wichtigeren Verwaltungsgebieten nicht zum Schaden des christlichsozialen Parteiprogrammes gearbeitet werde.

zwar besonders im Gebiete von Tschermoschnitz, Stockendorf. Es sind dies folgende Ortschaften: Gnadenborn, Hutterhäuser (in den Matrizen erst im achtzehnten Jahrhundert vorkommend), Grodek, Schlechtbüchel, Schäflein; Dranbank, Laubbüchel, Aschelit, (Wlaschowitz), Drandul, Gaber, Gatschen, Gehag, (Laase), Maschel, Neuberg, Pleisch, Alt- und Neutabor, Widerzug, Wrezen, Bistritz, (Maierle), Robine, Mittenwald, Kofsbüchl, Töplitzel. Einzelne davon mögen ja allerdings außerhalb der Grenze der Herrschaft Gottschiee gelegen sein; die Sprachinsel und die Herrschaft Gottschiee decken sich eben nicht vollkommen; aber die überwiegende Mehrzahl der aufgezählten Ortschaften ist jedenfalls nach 1574 entstanden. Es scheint also insbesondere in der Gegend von Tschermoschnitz und gegen Stockendorf hin nach 1574 noch eine nicht unansehnliche Neudorfsarbeit stattgefunden zu haben.

Einzelne ganz kleinen Ortschaften, die im Urbar erwähnt werden, sind mittlerweile allerdings auch eingegangen. Es sind dies „Wof“ bei Kerndorf, Thomas Garten, beide im Oberamt Gottschiee; dann im Unteramt Gottschiee „Fridt Büchl“. Einzelne wie: Tieffenbrunn (=Kömergrund), Beim See (Brunnsee), Payers Eben (Spor-eben), Homerau (Wrauen), Beim Prün (Kaltenbunn?) führten damals andere Namen.

Ganz zum Stillstand gekommen ist die Entstehung neuer Ortschaften und Ortsnamen sowie des Eingehens bestehender Orte auch gegenwärtig noch nicht. So z. B. verdanken Karlschütten und „Hornwald“ industriellen Unternehmungen ihre Entstehung. Ganz in der Nähe von Gottschiee haben wir „beim Brunnwirt“ auch eine kleine Häusergruppe, die vielleicht einmal eine selbständige Ortschaft werden wird, usw. Einzelne der für den Forstbetrieb un bequem gelegenen kleinen Walddörfer, wie z. B. Alttagbüchl, Laubbüchl, Scherenbrunn, Taubenbrunn, sind von der Herrschaft aufgekauft worden; ihre Tage sind also gezählt. Die Ortschaft Trata (Holzschlag) bei Steinwand bestand nur so lange, als im Holzschlage dort für die Fabrik Hof gearbeitet wurde. (Fortsetzung folgt.)

Das neue Weingesetz.

Das neue Weingesetz, das am 30. November 1907 in Kraft tritt, bietet den Weinproduzenten einen viel wirksameren Schutz als die bisher geltenden gesetzlichen Bestimmungen. Es wird in demselben unterschieden zwischen Wein, „weinhaltigen Getränken“ und „Kunstweinen“. Als Wein gilt nach diesem Gesetze nur jenes Getränk, das aus der Rebe durch Gärung des Weinmostes gewonnen wird. Gestattet sind beim „Wein“ nur die in der rationellen Kellerbehandlung anerkannten Verfahrensarten, insbesondere das Schönen (klären) der Weine, das Schwefeln, das Umgären, das Auffrischen mit Kohlensäure und das Entfärben mit gereinigter Kohle; ferner die Vermischung (der Verschnitt) von Wein mit Wein sowie mit Weinmost, das Entsäuern mit reinem, kohlenstoffsaurem Kalk bei der Wiederherstellung erkrankter Weine und Weinmoste, der Zusatz von Weinsäure im Höchstmaß von ein Gramm per Liter und von Natriumbisulfit im Höchstmaß von fünf Gramm per Hektoliter, das Auffärben von Wein durch Behandlung mit frischen Rotweintrestern oder durch Zusatz von Karamel. Der Zusatz von Zucker (Rohr- und Rübenzucker) ist nur bei der Herstellung von Süß- (Dessert-) Weinen und Schaumweinen gestattet, sonst aber, in berücksichtigungswürdigen Fällen, an die Erlaubnis der Gewerbebehörde geknüpft.

Wer unbefugterweise einen zum Verkaufe bestimmter Wein oder Weinmost ohne Erlaubnis der politischen Behörde Zucker beimeugt oder Wein (Weinmost) in Kenntnis des Umstandes, daß er ohne behördliche Erlaubnis mit Zucker versetzt ist, feilhält oder verkauft, ist von der politischen Behörde erster Instanz (Bezirkshauptmannschaft) an Geld bis zu 1000 Kronen und mit Arrest bis zu einem Monate zu bestrafen.

Als Verfälschungen sind ferner alle anderen als die oben bezeichneten Verfahrensarten, Vermischungen und Zusätze des Weines (Weinmostes) anzusehen und verboten. Insbesondere wird durch die Hinzufügung folgender Stoffe, soweit nicht bei einzelnen die gesetzlichen Ausnahmen plogreifen, eine Verfälschung begründet: Getrocknete Früchte (Rosinen, Korinthen, außer bei Dessertweinen), Feigen, Johannisbrot oder andere zuckerhaltige Pflanzen und Pflanzenteile (auch in Extrakten und Abkochungen), künstliche Süßstoffe, wie Saccharin, Dulzin u. dergl., Glycerin, Stärkezucker, unreiner Spirit, Tamarinden, Obstmost und Obstwein jeder Art, Gummi und sonstige den Extrakt erhöhende Substanzen, Bukettstoffe, Essenzen, künstliche Moststoffe, Rückstände von der Cognakerzeugung, Färbemittel, Säuren und säurehaltige Stoffe, lösliche Aluminiumsalze (Alaun u. dergl.), Kochsalz, Baryum-, Strontium- und Magnesiumverbindungen, Gips, Bor säure, Borax, Salizylsäure, Formaldehyd, lösliche Fluorverbindungen, sowie Gemische, welche eine dieser Substanzen enthalten. Die Herstellung aller sogenannten „Kunstweine“, ebenso wie die Feilhaltung und der Verkauf derselben ist verboten und versallen Zuwiderhandelnde den Strafen der §§ 10, 20 bis 23 des Lebensmittelgesetzes.

Was ist's nun mit den sogenannten „weinhaltigen Getränken“? Weinhaltige Getränke im Sinne des neuen Gesetzes sind: a) Tresterwein, der durch Vergären oder Auslaugen von vergorenen oder nicht vergorenen Weintrestern (Weintrebern) unter Anwendung von Wasser mit oder ohne anderweitigen Zusatz hergestellt wird; b) gestreckter (verlängerter) Wein, das ist das aus Weinmost oder Wein unter Verwendung von Wasser mit oder ohne anderweitigen Zusatz hergestellte Getränk (gewässertes Wein); c) Hefewein, das ist das aus Hefe oder Weingeläger unter Verwendung von Wasser mit oder ohne anderweitigen Zusatz hergestellte Getränk; d) Gemische von Wein mit weinhaltigen Getränken, mit Obst-, Beeren und Malzwein, mit Met oder weinähnlichen Getränken. — Eine Bestimmung darüber, ob die Bezeichnung „Wein“ für solche weinhaltige Getränke strafbar ist, fehlt im Gesetze. In § 9 findet sich eine Bestimmung, daß Gefäße, in denen Tresterwein lagert, ausdrücklich als solche bezeichnet werden müssen. Im übrigen scheint die Bezeichnung „Wein“ für „gestreckten Wein“ auch weiterhin nicht

verboten zu sein. In den Keller- oder sonstigen Räumlichkeiten, in denen Wein erzeugt oder feilgehalten wird, müssen von nun an die Paragraphen 2 bis 14 des neuen Weingesetzes in deutlichem Abdruck ersichtlich gemacht werden.

Zur Ausübung der Kontrolle in den Weinkellereien sind sachmännisch gebildete, beeidete, staatliche Kellerei-Inspektoren zu bestellen. Diese unterstehen der politischen Landesbehörde und in der obersten Instanz dem Ackerbauministerium. Die Kellerei-Inspektoren sind durch ihren Amtseid zur Geheimhaltung der zu ihrer Kenntnis gelangenden Geschäfts- und Betriebsverhältnisse, vorbehaltlich der Anzeige von Gesetzeswidrigkeiten, zu verpflichten; namentlich haben sie über die ihnen von den Produzenten und Unternehmern als geheim bezeichneten technischen Einrichtungen, Verfahrenswesen und etwaigen Eigentümlichkeiten des Betriebes das strengste Geheimnis zu bewahren.

Das von den Weinbauern so lang ersehnte und freudig begrüßte neue Weingesetz wird der Produktion und dem Verkauf von echtem Naturwein nur in dem Falle wirklichen und ausreichenden Schutz bieten, wenn seine Durchführung genau überwacht wird. Wie wird aber ein einziger Kellerei-Inspektor in einem größeren Kronland oder in mehreren Kronländern diesbezüglich den Kontrollendienst wirksam versehen können? Ist da nicht Gefahr vorhanden, daß das Gesetz nur mangelhaft durchgeführt werden wird und zum Teil auf dem Papier bleibt, wie so manches andere an und für sich schöne und gute Gesetz? Es tauchte deshalb auch schon der Vorschlag auf, auch die Finanzorgane zur Mithilfe heranzuziehen. Allein diesen fehlt ja die erforderliche sachmännische Bildung.

Unser gutes österreichisches Weingesetz kann übrigens nur dann einen vollen Erfolg haben, wenn ein ähnliches Gesetz in der jenseitigen Reichshälfte geschaffen wird. Sonst würde das, was in Österreich verboten ist, in Ungarn in umso ausgebehnterem Maße praktiziert werden und die berühmtesten Weinpantscher und Kunstweinerzeuger würden von Ungarn aus unsere Länder mit wertloser Schundware überschwemmen und den ehrlichen, braven Weinbauern großen Schaden zufügen, zumal die Überwachung bei uns voraussichtlich kaum eine ganz ausreichende sein wird. Es muß daher mit Genugthuung begrüßt werden, daß Ungarn im neuen Ausgleiche mit Österreich die Verpflichtung übernommen hat, seine den gegenwärtigen Bedürfnissen nicht mehr völlig entsprechende Gesetzgebung in Betreff des Verkehrs mit Wein der österreichischen anzupassen. Hoffentlich wird dieses versprochene Gesetz, durch das die reelle Produktion und der reelle Handel von unlauterer Konkurrenz und das Publikum vor Benachteiligung geschützt werden soll, in Ungarn nicht allzulange auf sich warten lassen.

Zur Geschichte der Gottscheer Landschulen.

Die Schule in Mösels.

(8. Fortsetzung.)

Wir haben in der 25. Nummer unseres Blattes die Verdienste des Pfarrers Michael Wolf um die Schule in Mösels kurz geschildert und unseren Lesern gezeigt, was dieser große Schulfreund im Priesterkleide zur Hebung des Schulwesens seiner Pfarre in dreifacher Beziehung, hinsichtlich der Heranziehung geeigneter Lehrkräfte, der Regelung der Lehrerdotation und des Baues eines neuen Schulhauses dort geleistet hat.

Einen treuen Bundesgenossen auf dem Gebiete seiner schulfreundlichen Tätigkeit fand Wolf in seinem Pfarrinsassen Andreas Jonke vulgo Ramsriggerjch Anderle. Geboren am 9. September 1801 in Obermösels Nr. 39, war der Genannte unter Wolf Gemeindevorsteher oder, wie man damals sagte, Gemeindevorsteher in Mösels. Beim Bau des Schulhauses war Jonke sozusagen die rechte Hand des Pfarrers und unterstützte diesen nach Kräften in der Ausführung seines Projektes. Schule und Lehrer hatten an ihm einen besondern Freund und Gönner, versah er ja letztere nötigenfalls sogar mit Brennholz, wie wir in einer Notiz der Schul-

chronik vom Jahre 1851 lesen: „Zu Allerheiligen fiel schon hoher Schnee, und da für die Schule noch kein Brennholz hergestellt war, so ließ Andreas Jonke, Bürgermeister von Mösels, dieses mit seiner Gelegenheit von Durnbach abholen.“ Es mag dieser Liebesdienst vielleicht geringfügig und kaum nennenswert erscheinen; aber schon der Umstand, daß der Chronist denselben zum immerwährenden Andenken aufzeichnen zu müssen glaubte, beweist, daß man zu seiner Zeit auch solche „Kleinigkeiten“ zu würdigen wußte und sie für wichtig genug hielt, um sie der Nachwelt als Gegenstand der Nachahmung zu überliefern und vorzuhalten. Fehlt es heutzutage ja nicht an Beispielen, daß mancher Dorfgewaltige oder Gemeindevorsteher oder übelberatene Ortsschulrat manche zu Gunsten der Schule oder des Lehrers gemachte Stiftung oder seit Menschengedenken bestehende Gepflogenheit umstürzen und anderen Zwecken zuführen möchte. Da waren unsere Alvorderen andere Männer! — Als es sich um die Ausmittelung und Regelung einer Lehrerdotation für Mösels handelte, machte Jonke seinen ganzen Einfluß in der Gemeinde geltend, um die bezüglichen Verhandlungen zu einem günstigen Resultate zu führen. Wir schließen dies aus einem amtlichen Berichte vom Jahre 1843 über den Stand der Schule in Mösels, in welchem die Verzichtleistung des Lehrers Stephan Kromholz angezeigt und der guten Hoffnung Raum gegeben wird, „daß wieder ein Lehrer kommen werde, weil die Pfarrgemeinde auf Mitwirkung des Herrn Pfarrers Wolf und des Herrn Bezirkskommissärs Chertek von Gottschee zur Dotierung eines Lehrers gewilliget hat.“ Daß die Gemeindevertretung nach langwierigen unerquicklichen Verhandlungen endlich die Einwilligung gab, war zweifelsohne das Werk und das Verdienst des Gemeindevorstehers Jonke. Diese wenigen Bemerkungen mögen genügen, um das Andenken dieses Schulfreundes der Nachwelt zu erhalten.

Noch eines Mannes müssen wir gedenken, der sich gleichfalls um die Mösels Schule, wenn auch in anderer Weise als die bisher Genannten, verdient gemacht hat. Dieser wackere Mann ist Josef Michitsch, gewesener Kaufmann und Bürger in Leitmeritz (Böhmen). In der Überzeugung, daß Kinder mehr als Erwachsene einer Aneiferung zu Fleiß und sitzamen Betragen bedürfen und diese Aneiferung nicht nur in wohlklingenden Lehren und schönen Beispielen, sondern auch in handgreiflichen Beweisen, etwa in irgend einer für guten Fortgang, Fleiß und schöne Ausführung in Aussicht gestellten Belohnung bestehen müsse, pflegte Michitsch einige Jahre hindurch jährlich für die fleißigsten und bravsten Schüler in Mösels schön gebundene Bücher, sogenannte Prämien, und Schreibrequisiten zu senden. Das erste Mal tat er dies im Jahre 1867, indem er zwanzig Stück Prämien überhandte, welche bei der am 6. August abgehaltenen öffentlichen, feierlichen Prüfung in Gegenwart des Dechanten, der Ortsgeistlichkeit, einiger Gemeinderäte und mehrerer Eltern an die würdigsten Schüler und Schülerinnen verteilt wurden. Diese Sendung kam ganz unerwartet, denn die Chronik spricht von einer „unverhofften Freude“, welche Michitsch der Schule in Mösels dadurch bereitet hat. Als mit Landesregierungserlaß von 16. April 1868 die Prämien für Schulkinder abgeschafft wurden, ließ es sich Michitsch nicht nehmen, gleich im folgenden Jahre den Schulkindern wieder eine „unverhoffte Freude“ zu bereiten, indem er abermals eine Anzahl schöner Bücher für die Schulkinder sandte, welche jedoch, um die behördliche Verfügung nicht zu übertreten, nicht bei, sondern nach der Prüfung am 7. September 1869 verteilt wurden. Noch einer dritten Sendung geschieht Erwähnung, nämlich im Jahre 1871. Damals überhandte J. Michitsch der Schule vier Hefte „Pomologie“ (Obstbaumzucht) für die Schulbibliothek und dreizehn Schreibhefte für die bravsten Kinder. Berewigt aber hat sich Michitsch durch die letztwillige Widmung von 200 Gulden D. W. für die Schule in Mösels, welcher Betrag als Michitschsche Schulrequisitenstiftung teils in einer Obligation vom 1. Jänner 1895, teils in der Gottscheer Sparkasse fruchtbringend angelegt ist.

Josef Michitsch wurde am 10. März 1827 zu Obermösels im Hause Nr. 44 geboren. Schon als Knabe kam er in das von seinem Großvater unter der Firma Matthias Michitsch im Jahre

1790 in Leitmeritz gegründete Geschäft, das er im Jahre 1854 übernahm und bis zu seinem Ableben fortführte. Er starb in Leitmeritz am 8. August 1892 und hinterließ, nachdem ihm seine Kinder Josef und Maria im Tode vorangegangen waren, einen einzigen Sohn Karl, welcher im Alter von 20 Jahren am 13. Dezember 1897 seinem Vater im Tode nachfolgte, wornach das Geschäft in andere Hände überging, die Firma W. Michitsch & Sohn aber beibehalten wurde. Diese Daten verdanken wir einer Mitteilung der Witwe des Verstorbenen, der Frau Fanni Michitsch in Leitmeritz, welche uns dieselben in liebenswürdigster Weise zur Verfügung stellte. Bezüglich des Charakters ihres Mannes erzählt uns Frau Michitsch folgendes: „Er war mir und den Kindern der zärtlichste und besorgteste Freund und Vater, dessen Heimgang für mich und meinen Sohn ein unerfeglicher Verlust war. Er war ein Deutscher mit ganzer Seele und einem goldenen Herzen, stets bereit, Gutes zu tun, für seine Freunde einzutreten, trotz mancher trüben Erfahrungen, welche ihm, der sich seinen Idealismus, den Grundzug seines Wesens, bis zu seinem Tode bewahrte, nicht erspart blieben; auch war er mit einer glühenden Liebe für seine Heimat erfüllt.“ Ehre dem Andenken eines solchen Mannes!

(Schluß folgt.)

Aus Stadt und Land.

Gottschee. (Vom Volksschuldienste.) Zum Lehrer und Leiter der einklassigen Volksschule in Böllandl wurde Herr Josef Erker, prov. Lehrer in Altlag, ernannt. — Der Bezirksschulrat in Rudolfswert hat der Lehrerin Frau Gabriela Erker-Fereb in Tschermoschnitz die erste Dienstalterszulage zuerkannt.

— (Die Lehrbefähigungsprüfung) für allgemeine Volksschulen haben unter anderen folgende Herren und Fräulein bestanden: Josef Krauland, prov. Lehrer in Gottschee; Franz Kom, prov. Schulleiter an der deutschen Privatvolksschule in Domzale; Stephanie Handl, gewesene Lehrerin in Gottschee jetzt Aushilfslehrerin im Institut Huth-Hannß in Laibach (mit Auszeichnung); Anna Kordon, prov. Lehrerin in Nesselthal; Schw. Maria Kenner, Aushilfslehrerin im Waisenhaus zu Gottschee; Helene Stöcklinger, gewesene Lehrerin in Mitterdorf (mit Auszeichnung); Abele Revén, Aushilfslehrerin in Gottschee.

— (Beglückwünschung der christlichsozialen Minister.) Der Gottscheer Bauernbund hat am 11. d. M. die neuernannten christlichsozialen Minister Dr. Ebenhoch und Dr. Gschmann telegraphisch beglückwünscht, wofür dieselben in der liebenswürdigsten Weise dankten.

— (Dr. Gschmann Minister.) Über die Ernennung des „unermüdblichen Organisations- und Generalstabschefs der christlichsozialen Partei“ zum Minister bekam die „Neue Freie Presse“ förmliche Gallenergüsse. Ihr sekundierte getreulich die „Grazer Tagespost“, die auch tief unglücklich war darüber, daß zwei Christlichsoziale ins Kabinett berufen wurden. Das „Grazer Tagblatt“ hingegen versuchte wenigstens, seinen Lesern begreiflich zu machen, daß unter den gegenwärtigen Umständen diese Lösung die günstigste war. Wir haben neulich zur Kenntnis der geehrten Leser unseres Blattes gebracht, in welcher ordinären Tone erst jüngst noch die „Gottscheer Nachrichten“ vom „Leichnam“ (!) Gschmanns schrieben und von seinen „Spießgesellen“ (!). Wir wollen nicht all der Bitterkeit Ausdruck geben, die in uns aufsteigt, wenn wir uns an die schmähliche Behandlung erinnern, die Dr. Gschmann und andere Christlichsoziale hierzulande zur Zeit der Reichsratswahlagitation erfahren haben. Es wird nun wohl in vielen unserer betörten Landesgenossen von selbst die Erkenntnis reifen, daß sie damals sehr töricht gehandelt und alle Ursache haben, sich dessen zu schämen. Groß ist natürlich die Freude der Christlichsozialen im Lande. Sie sind stolz darauf, daß der Mann, der trotz der ärgsten Bedrohungen unser Ländchen aufgesucht hat, um unsere Verhältnisse und Wünsche an Ort und Stelle kennen zu lernen, nun zu hoher Macht im Staate gelangt ist. Neuer Mut und neue Zuversicht erfüllt die

Reihen unserer christlichsozialen Parteigenossen. In gehobener Stimmung sehen sie einer freundlicheren Zukunft entgegen, die auch für unser Ländchen die volle Verwirklichung des christlichsozialen Programmes bringen soll.

— (Die Christlichsozialen und der Ausgleich.) Nachdem infolge der tschechischen Krise das ganze Ministerium ins Wanken gekommen war und der Ausgleich mit Ungarn, auf dessen Zustandekommen der Kaiser drang, aufs höchste gefährdet war, wirkte der Ministerpräsident unter Hinweis auf den kaiserlichen Wunsch auf Dr. Lueger in dem Sinne ein, daß er seine Partei für den Ausgleich gewinne. Da vieles und großes auf dem Spiele stand und eine Katastrophe vermieden werden mußte, brachte die christlichsoziale Partei auch das Opfer. Die Christlichsozialen erklärten sich mit den deutschfreiheitlichen Parteien hinsichtlich des Ausgleiches solidarisch und die Deutschen stehen nun mit Ausnahme der Deutschradikalen und von vier freisinnigen Agrariern in einem Lager. So hat die Ausgleichskrise auch eine Betätigung deutscher Gemeinbürgerschaft hervorgerufen. Wenn das Hervorzerrren kulturkämpferischer Fragen vermieden wird, wird es möglich sein, diese deutsche Gemeinbürgerschaft auch noch nach Erledigung des Ausgleiches aufrechtzuerhalten, wodurch der deutsche Besitzstand in Österreich wesentlich gesichert werden würde. Selbst ein deutschradikales Blatt („Wiener Deutsches Tagblatt“) schrieb: „Der modus vivendi zwischen freiheitlichen und konservativen Deutschen, der durch die Schaffung des Zwölferausschusses angebahnt, durch die Rekonstruktion des Ministeriums fortgesetzt wurde, bedeutet einen nationalen Fortschritt für die Deutschen.“

— (Die deutschen „freiheitlichen“ Agrarier gegen den Ausgleich.) Bekanntlich waren die deutschen freiheitlichen Agrarier darauf eingeschworen, den Kampf gegen den Ausgleich bis aufs Messer zu führen. Abgeordneter Fürst Auersperg hat deshalb auch eine sehr scharfe Rede gegen den Beck-Weckerleichen Ausgleich gehalten und ist für die Trennung eingetreten. Die Opposition der Agrarier hat jedoch schließlich mit sich reden lassen und der Obmann dieser Partei ist in das rekonstruierte Ministerium getreten. Diesem Eintritte hat die Partei mit allen gegen vier Stimmen ihre Zustimmung erteilt. Fürst Auersperg wollte diesen Frontwechsel seines Klubs nicht mitmachen, er verbleibt in seiner Gegnerschaft zum Ausgleich und hat auch seine Stelle als Mitglied des Ausgleichsausschusses zurückgelegt. Die vier Gegner des Ausgleiches haben sich in Gegensatz gestellt nicht nur zur Krone und zum Ministerium, sondern auch zu ihren eigenen Klubgenossen und zur erdrückenden Mehrheit der deutschen Abgeordneten christlichsozialer und deutschfreiheitlicher Richtung.

— (Avancement.) Der Kadett-Offiziersstellvertreter Herr Richard Fornbacher des Landwehr-Infanterieregiments Nr. 4 in Klagenfurt wurde zum Leutnant ernannt.

— (Versetzungen.) Der Steueramtspraktikant Herr Robert Gauslmayer wurde nach Gurkfeld, der Steueramtspraktikant Herr Josef Kraker nach Stein und der Steueramtspraktikant Herr Joh. Berderber nach Littai versetzt.

— (In der Advokaturkanzlei) des Herrn Rechtsanwaltes Dr. Franz Gols ist Herr Dr. Rudolf Bast, früher Notariatskandidat in Windisch-Feistritz, als Kozipient eingetreten.

— (Raphaelverein.) Am 11. November fand in Laibach die gründende Versammlung der krainischen Filiale des österreich. Raphaelvereines zum Schutze der katholischen Auswanderer statt. Wegen Raummangels werden wir erst in der folgenden Nummer hierüber ausführlicheres berichten und beschränken uns für diesmal auf die Mitteilung, daß in den Vereinsauschuß u. a. Herr Pfarrer Josef Eppich in Mitterdorf (als Vertreter des Zentralvereines in Wien) und Herr Stadtkaplan Anton Demšar in Gottschee berufen, bezw. gewählt wurden.

— (Christlichsozialer Unterstützungsantrag.) Der christlichsoziale Abgeordnete Steiner hat im Abgeordnetenhaus folgenden Antrag eingebracht: „Die Regierung wird aufgefordert, mit tunlichster Beschleunigung einen Gesetzentwurf auszuarbeiten, welcher

dem Staate die Pflicht auferlegt, den bedürftigen Familienangehörigen einberufener Reservisten, Landwehrmänner, bezw. Kaiserschützen Unterstützungen zu gewähren und diesen Gesetzentwurf dem Reichsrate ehestens zur verfassungsmäßigen Behandlung vorzulegen.“ Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen, was vom Abgeordnetenhaufe mit anhaltendem lebhaften Beifalle begrüßt wurde.

— (Landwirtschaftliche Studienreise. — Viehver-
sicherung.) Unter Leitung des Herrn Molkerei-Inspektors Legvart ist am 4. November eine größere Anzahl von Landwirten aus Krain nach Tirol (Zenbach, Rotholz) abgereist, um die dortigen landwirtschaftlichen Verhältnisse, namentlich die Viehzucht und das Viehverversicherungsweisen kennen zu lernen. Für Viehverversicherung ist in Krain bisher bekanntlich noch gar nichts geschehen, obwohl ein ebenso großes Bedürfnis hiefür vorliegt als in anderen Kronländern. Nicht einmal Orts-Viehverversicherungsvereine gibt es in Krain, geschweige denn eine Landes-Viehverversicherungsanstalt, wie z. B. in Tirol, Ober- und Niederösterreich. Bloße Orts-Viehverversicherungsvereine wären ja an sich auch nicht schlecht; allein beim Ausbruch einer Viehseuche müssen sie versagen, da sie nicht genug leistungsfähig sind und ihnen in Krain der Rückhalt an eine Viehverversicherungsanstalt fehlt. Orts-Viehverversicherungsvereine könnten nur in normalen Zeiten ihrer Aufgabe gerecht werden, außer man würde die Leistung einer Entschädigung bei Viehseuchen von vorneherein satzungsgemäß ausschließen. Vom künftigen Landtage wird wohl hoffentlich die Schaffung einer Viehverversicherungsanstalt (mit unterstehenden Lokalverbänden) zu erwarten sein. Die niederösterreichische Landes-Viehverversicherungsanstalt hat im Jahre 1907 172.000 Rinder von 51.000 Mitgliedern versichert und zwar im Versicherungswerte von 51 Millionen Kronen.

— (Staatsubvention für die Katastralgemeinden Maierle usw.) Der Ackerbauminister hat zur Unterstützung der unbemittelten und vom Hagelschlage geschädigten Weingärtenbesitzer in den Katastralgemeinden Maierle, Döblitzsch und Kälbersberg einen Staatsbeitrag im Betrage von 17.600 Kronen bewilligt.

— (Rumänische Jubiläumsmedaille.) Seine Majestät der Kaiser hat den Reserveoffizieren beim Regimente Karl I. König von Rumänien Nr. 6, darunter auch dem k. k. Leutnant in der Reserve Herrn Professor Ruzo Hocevar in Gottschee, die Bewilligung zur Annahme und zum Tragen der ihm verliehenen königlich rumänischen „Jubiläums-Medaille Carol I.“ zu erteilen geruht.

— (Registrierung von sieben Raiffeisenkassen im Gottscheer Gebiete.) Jüngst wurde im Genossenschaftsregister des k. k. Kreis- als Handelsgerichtes Rudolfswert die Eintragung der neu gegründeten Spar- und Darlehenskassenvereine (Raiffeisenkassen) in Altlag, Ebental, Gottschee, Witterdorf, Messeltal, Kieg und Unterlag vollzogen. Die genannten Raiffeisenkassen werden im Dezember l. J. ihre Tätigkeit beginnen. Glückauf zu dem segensbringenden, volkreundlichen Werke!

— (Sonderbare Friedensapostel.) Die „Gottscheer Nachrichten“ haben allerneuestens gar die Friedensstoga angetan und sprechen von der Ruhebedürftigkeit der Bevölkerung Gottschees. Also sogar aus argen Saulussen sind endlich Paulusse, reine, holde Friedensengel geworden! Wer hätte es für möglich gehalten, daß Leute, die zum obersten Generalstabe der früheren Kabaubande gehörten, auf einmal so elegische Anwandlungen bekommen! Und da spricht man jetzt sogar den Christlichsozialen ins Gewissen! Ja, waren es denn die Christlichsozialen, die die Krawalle, Ständale und anmutigen Katzenmusik ohne Ende inszeniert haben? Die Christlichsozialen haben sich trotz der unaufhörlichen maßlosesten, rohesten Insulten der Gegner, trotz des förmlichen Martyriums, das sie in Gottschee monatelang ausstehen mußten, stets ruhig und anständig verhalten und jetzt hätten die „Gottscheer Nachrichten“ nicht übel Lust, sie als die bösen Störenfriede hinzustellen! Warum denn? Einfach darum, weil unser Blatt nicht gesonnen ist, all die Lügen, Verleumdungen, Ehrabschneidungen usw., mit denen die besten christlichsozialen Männer unseres Ländchens bedacht werden, ruhig hinzunehmen, weil unser Blatt pflichtgemäß stets für die Wahrheit

eintrat und für die Ehre anständiger, ehrenwerter und verdienstlicher Männer. Die „Gottscheer Nachrichten“ scheinen in dem sonderbaren Wahne befangen zu sein, der Friede bestehe darin, daß sie selbst fleißig schimpfen dürften, der „Gottscheer Bote“ aber zu ihrem Treiben einfach schweigen solle. Wenn er zur Abwehr und Verteidigung nur ein Wort schreibt, so ist das ein Friedensbruch! Es wäre freilich eine pflügende Rechnung; aber für solche Gimpel, die einfältig und dumm wird man uns denn doch nicht halten! Also, liebe Herren „Nachrichten“-Berichterstatter, stellt Euer ewiges und nachgerade schon langweiliges Schimpfen ein, dann werden wir keinen Anlaß mehr haben, Eure Unwahrheiten als solche beleuchten und richtigstellen zu müssen. Es ist das ohnehin ein recht ödes Geschäft; es wäre uns viel lieber, wenn wir uns mit Euch überhaupt nicht mehr zu beschäftigen brauchten und so manche Spalte unseres Blattes mit anderen hübscheren Dingen ausfüllen könnten.

— (Antrag des Fürsten Auersperg) und Genossen, betreffend den Anschluß der Unterkrainger an die dalmatinischen Bahnen. Abgeordneter Fürst Auersperg stellte in der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 6. November folgenden Antrag: Wie die k. k. Regierung vernehmen ließ, soll nach getroffenem Übereinkommen eine normalspurige Eisenbahnlinie zur Verbindung mit Dalmatien im Anschlusse an die Unterkrainger Bahnen gebaut werden. Als kürzeste und rascheste Verbindung, welche zugleich den Vorteil bietet, daß mit dieser Verbindung der Seehafen Fiume auf dem kürzesten Wege erreicht wird, stellt sich die Verlängerung der Unterkrainger Bahn von der jetzigen Endstation Gottschee des Flügels Großlupp-Gottschee an die Karlstadt-Fiumaner Bahn dar. Erst in zweiter Linie kann die Verlängerung der Unterkrainger Bahnen im Anschlusse an den Flügel Großlupp-Strascha als vorteilhaft bezeichnet werden, da diese Strecke an und für sich unvergleichlich länger sein und insbesondere in Beziehung auf Fiume eine viel ungünstigere Verbindung darstellen würde. Wenn aber schon zwingende Gründe vorhanden sein sollten, den Anschluß an Kroatien und an die dalmatinischen Bahnen von dem Unterkrainger Bahnflügel Großlupp-Strascha zu bewerkstelligen, dann erscheint als einzige brauchbare Trasse die von der Endstation Strascha ausgehende, über Töplitz durch das Tschermoschnitztal mit Verührung der Orte Unterturn, Böllandl, Tschermoschnitz einerseits nach Tschernembl, andererseits nach Wöttling führende Linie. Denn diese Trasse bleibt den reichen Wasserkraften des Gurktales möglichst nahe und erschließt mit dem Tschermoschnitztale eine verhältnismäßig bevölkerte, bebauter Gegend mit noch unausgenützten Wasserkraften, reichen Holzvorräten, mineralischen Bodenschätzen, einer Heilquelle in Töplitz. Die einzigen größeren Orte der Gegend liegen im Tschermoschnitztale. Jeder andere Anschluß und jede andere Strecke würde die Bahn durch einen Landstrich führen, der sowohl was Befiedlung als Ertragsfähigkeit anbelangt, hinter dem Tschermoschnitztale weit zurücksteht. In Erwägung aller dieser Umstände stellen die Unterzeichneten den Antrag: Das hohe Abgeordnetenhaus wolle beschließen: 1. Die k. k. Regierung wird aufgefordert, zur Herstellung der in Aussicht genommenen Verbindung mit den dalmatinischen Bahnen in erster Linie den Anschluß des Flügels Großlupp-Gottschee der Unterkrainger Bahnen von Gottschee ausgehend an die Karlstadt-Fiumaner Bahn ins Auge zu fassen und ins Werk zu setzen. 2. Falls sich die Herstellung dieser Verbindung aus zwingenden Gründen als unausführbar erweisen sollte und die Verbindung von dem Flügel Großlupp-Strascha ausgehen müßte, dann ist jene Strecke herzustellen, welche in der Endstation Strascha an die Unterkrainger Bahn anschließt und über Töplitz durch das Tschermoschnitztal nach Wöttling und Tschernembl führt. 3. Dieser Antrag ist ohne erste Lesung dem Eisenbahnausschusse zuzuweisen. — Es läge im vitalen Interesse des Gottscheerlandes, daß dieser Antrag durchdränge. Wenn für den ersten Teil desselben die Verwirklichung zwar wahrscheinlich kaum möglich sein dürfte, so wäre wenigstens der zweite Teil (Trassenführung über Tschermoschnitz) zu berücksichtigen und sollte eventuell die Verbindung Gottschees mit der Karlstadt-Fiumaner Bahn offiziell in das Zukunftsprogramm aufgenommen werden.

— (Kellereiwirtschaftskurse.) Um es den Interessenten zu ermöglichen, sich in der rationellen Kellereiwirtschaft theoretisch und praktisch auszubilden, veranstaltet der k. k. Weinbauinspektor B. Skalicky im Laufe der bevorstehenden Wintermonate bei der staatlichen Musterkellerei in Rudolfswert einen oder auch mehrere dreitägige Kellereiwirtschaftskurse mit deutscher Unterrichtssprache. Diesbezügliche Anmerkungen sind spätestens bis 25. November l. J. an das k. k. Weinbauinspektorat in Rudolfswert zu richten.

— (Die „Gottscheer Nachrichten“) wettern und schimpfen wieder einmal, weil wir uns unterfangen haben, die wirtschaftliche Aktion der Südmärk und der Landwirtschaftsgesellschaft in Gottschie als politisch nicht ganz farblos zu bezeichnen. Den „Nachrichten“ scheint es dabei ganz entgangen zu sein, daß sie eigentlich nicht gegen uns, sondern gegen ein gesinnungsverwandtes deutschnationales Blatt polemisieren. War es ja doch das „Grazer Tagblatt“, das unterm 6. September die Mitteilung machte, daß in Gottschie gegen die Ausbreitung der wirtschaftlichen Organisation der „Klerikalen“ von freisheitlicher Seite, u. zw. insbesondere vom Schutzvereine Südmärk mit Aufwand erheblicher Mittel gearbeitet werde. Wenn nun der „Bote“ genau dasselbe behauptet, dann wird „über die elenden, von niedrigem Hass gegen alles Nichtklerikale erfüllten Schreiber“, über „den Nachtvogel aus der schwarzen Redaktionsstube“, über die „verbohten klerikalen Bauernbundmitglieder“ und was dergleichen anmutige Stillblüten mehr sind losgedonnert und geschimpft, daß die Tintenjauche nur so herumspritzt. Vor lauter Schimpfen findet der gallige Berichterstatter der „Nachrichten“ nicht einmal Zeit, auch nur eine Zeile über Fragen zu schreiben, die für Gottschie von aktuellem Interesse sind, wie z. B. über die Eisenbahnfrage, über die weder die Nummer vom 3. noch vom 10. November auch nur ein Sterbenswörtchen brachte, oder über die Rückwirkung des Ausgleiches auf den Häuserhandel der Gottscheer in Ungarn. Statt dessen das ewige, nachgerade schon langweilig werdende Losdreschen auf die Gottscheer Geistlichkeit, und zwar noch dazu in den abgedroschensten, zum Überdruße abgebrauchten Redensarten! Die Leser der „Nachrichten“ werden wirklich auf abgestandene, schmale Kost gesetzt. Selbst im ärmlichsten Spitale bekommt man doch nicht Tag auf Tag ein und dieselbe armselige Wassersuppe vorgesetzt. Und solche Hascher halten sich für befähigt und für berufen, in der Stadt die führende Rolle zu übernehmen!

— (Hymen.) Der k. k. Gymnasiallehrer Herr Johann Polovič wurde am 3. November mit Fräulein Hermine Antonia Florianek in der Propstei-Haupt- und Stadtpfarrkirche zum Heil. Blut in Graz getraut.

— (Totenerweckung.) Die Leiche des christlichsozialen Hofrates Geymann, zu deren Bewachung, wie das Karnitschnig'sche Blatt neulich taktvoll berichtete, während der Wahlperiode in Gottschie 85 Gendarmen aufgeboden wurden, ist nun plötzlich wieder lebendig geworden, von den Toten auferstanden, und der Auferstandene sogar zum Minister ernannt worden. Und da sage man noch, daß heutzutage keine Wunder mehr geschehen! Ob auch Herr Doktor Karnitschnig an dieses Wunder glaubt?

— (Engherzigkeit.) Vor uns liegt ein Brief, in welchem Herr Dr. Moriz Karnitschnig, k. k. Notar in Gottschie, sein Blatt, das dem vom Publikum ihm beigelegten Namen „Lügenblatt“ alle Ehre macht, als ein „im freisheitlichen Sinne dirigiertes (!) Blatt“ anpreist und um Bestellung desselben bittet, und zwar aus dem Grunde, weil „der ‚Gottscheer Bote‘ lediglich den engherzigen klerikalen Standpunkt vertritt“. Daß der Herr Doktor als waschechter, „los von Rom“-süchtiger Liberaler den Klerikalen, d. h. katholischen „Boten“ nicht leiden mag, das ist selbstverständlich. Aber auch das finden wir begreiflich, daß ihm die vermeintliche Engherzigkeit unseres Blattes nicht gefällt; denn ein engherziger Mann ist der Herr Notar beileibe nicht. Das hat er schon des öfteren bewiesen. Die Verhöhnung der Bauern gegen Bauern, wie sie am 23. Jänner d. J. im Gottscheer Brauhause unter Anführung des Herrn Notars, dieses größten Bauernfreundes, und im Beisein des protestantischen Pastors von Laibach stattfand; das Pfeifen

und Zohlen der von ihm, dem k. k. Beamten, aufgestachelten Bande, während von den Gottscheer Bauern die österreichische Volkshymne gesungen wurde; die von ihm, dem Mitgliede der Stadtvertretung, und seinem Anhang inszenierten, das Ansehen der Stadt unberechenbar schädigenden Straßenkrawalle, an denen sein Kanzleipersonale regelmäßig in hervorragender Weise sich beteiligte; das sind lauter Beweise, daß Herr Karnitschnig durchaus nicht engherzig ist. Die „Gottscheer Nachrichten“ selbst, die von der Kanzlei und einigen Gesinnungsgenossen des Herrn Notars mit Tendenznachrichten aus Gottschie fleißig versorgt werden, wobei es allerdings auf eine Bitte mehr oder weniger nicht ankommt, liefern fast in jeder Nummer vollgültige Beweise, daß der Herr Notar nichts weniger als ein engherziger Mann ist. Den Höhepunkt der Nichtengherzigkeit hat aber Herr Karnitschnig damit erreicht, daß er, der von Deutschland triefende Mann, deutsche Landgüter an slawische Käufer verschachert, sobald für ihn ein Profitchen herauschaut. Das ist jedenfalls eine Handlungsweise, die ein engherziger deutscher Mann unmöglich zuwege bringt, deren nur ein Mann von einem recht weiten liberalen Herzen fähig ist. Das möge für heute genügen. Sollten aber die Wühlereien gegen unser Blatt und die Hetzereien gegen Priester und Christlichsoziale in Gottschie im Karnitschnig'schen Blatte nicht aufhören, so werden wir gezwungen sein, die Öffentlichkeit noch auf andere Engherzigkeiten aufmerksam zu machen, die der Herr Notar haben sollte, aber nicht hat.

— (Dr. Ebenhoch über die landwirtschaftliche Arbeiterfrage.) Im „Linzer Volksblatt“ nimmt Landeshauptmann Doktor Ebenhoch Stellung zur Frage der landwirtschaftlichen Arbeiter und kommt zu folgenden Schlüssen: „1. Eine volle und dauernde Lösung der landwirtschaftlichen Arbeiterfrage ist nicht für sich allein durch besondere Verwaltungsmaßnahmen, sondern nur im Zusammenhange mit einer umfassenden wirksamen Agrarpolitik zur Sicherung entsprechender Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe zu erzielen. 2. Von besonderen Maßnahmen der Gesetzgebung und Verwaltung, von welchen für sich allein wohl keine vollständige Gesundung, immerhin aber ein fühlbarer günstiger Einfluß auf die bestehenden ungünstigen Verhältnisse zu erwarten ist, sind hervorzuheben: a) Einführung der allgemeinen Krankheits-, Unfall- und Altersversicherung auch bei den landwirtschaftlichen Betrieben; b) staatliche, eventuell internationale Regelung der Arbeitsvermittlung und Ordnung des Auswanderungswesens; c) Ausschluß der Verwendung jugendlicher Arbeitskräfte in gesundheitsgefährlichen Fabriken und verwandten Betrieben; d) Ausschluß der Entnahme von notwendigen Arbeitskräften der Landwirtschaft für öffentliche Bauausführungen; e) Erleichterungen der militärischen Dienstleistung, insbesondere zureichende Beurteilungen zur Erntezeit; f) Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Berufsbedürfnisse in der Organisation der Landeschulen; g) Erleichterung der Anfassigmachung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte; h) Ausschreibung von Dienstbotenprämien für lange, tabellose Dienstzeit im landwirtschaftlichen Berufe.“

— (Bäuerliche Verschuldung und Grundsteuergesetz.) Die heutige schlimme Lage des Bauernstandes führt dessen immer weiter schreitende Verschuldung herbei. Statt aber dem Bauern zu Hilfe zu kommen und ihm in so mißlicher Lage Luft zu machen, bestimmt das Grundsteuergesetz, daß auch die hypothekarisch verschuldeten, sogar auch die überschuldeten Güter ohne Unterschied, wie die lastenfreien, die volle Grundsteuer und die ganzen Umlagen zu leisten haben. Dies ist wohl ein steuerpolitisches Unikum, dessen Möglichkeit allein unserer Finanzwirtschaft das Urteil spricht. Die Arbeitslöhne, die der Landwirt heute zahlen muß, um seine Wirtschaft fortzuführen, haben bereits eine schier unerschwingliche Höhe erreicht; die Produktpreise stehen in schreiendem Gegensatz zu dem Preise, den der Konsument dafür zahlen muß. Die Güter werfen also einen so geringen Reingewinn ab, daß dieser zu den Zinsen, die ein entsprechend gleichwertiges Kapital ergibt, in gar keinem Verhältnisse steht; und dennoch werden nach diesem nur mehr fiktiven, auf dem Papiere stehenden Werte die Grundsteuer und die Umlagen erhoben. Aber die Finanzpolitik geht noch weiter: Infolge

der Verschuldung wandert ein großer Teil dieses geringen Reinertrages, ernste Nationalökonomien versichern, oft der ganze Reinertrag als Schuldzinsen in die weiten Taschen des Großkapitals; der derart verschuldete und des notwendigsten Existenzminimums beraubte Grundbesitzer muß Steuer und Umlagen so entrichten, als wenn der volle Ertrag seines Gutes ihm zukäme! In der Beseitigung derartiger Zustände muß die Reform unseres Steuerwesens einsetzen, die Ausgestaltung der Personaleinkommensteuer wird ihm Ersatz genug geben.

Mitterdorf. (Vom Bauernbunde.) Vom ersten Gottscheer-Bauernbundkalender sind in unserer Pfarrgemeinde 150 Stück zur Verteilung gelangt.

— (Was ist's mit der Frachtenstation?) Der Mangel einer Verladerrampe in Mitterdorf wird täglich mehr gefühlt. Stundenlang bis spät in den Abend hinein müssen in Gottschiee jetzt die Leute warten, ehe es ihnen gelingt, dort eine Fracht aufzugeben. Früher hieß es, wir müßten ohne Frachtenstation leer ausgehen, weil die Unterkrainger Bahnen mit Schaden arbeiten. Jetzt gilt dieser Vorwand nicht mehr. Auch Seine Erzellenz Freiherr von Schwegel kann keine Ursache haben, gerade uns deutschen Mitterdorfern eine Verladestelle zu mißgönnen, da deren doch so zahlreiche gegen Laibach schon zugestanden wurden. Was wir bis in jüngster Zeit als wirkliches Hindernis hielten, war nur der Widerstand seitens der Stadt. Nachdem aber heuer die Stadt Gottschiee ihre Bauernfreundlichkeit besonders oft betont hat, wäre gerade jetzt die schönste Gelegenheit, ihre aufrichtige Freundschaft zu bekunden. Es sollten sich jetzt neuerdings die Gemeinden Mitterdorf, Malgern, Ebental, Altlag und Langentou an den Verwaltungsrat der Unterkrainger Bahn und ans Handels- und Eisenbahnministerium wenden. Will man für Weißkram sogar neue Bahnen bauen, dann wird's doch wohl keine Schwierigkeiten bieten, den Gottscheern eine zweite Frachtenstation zu gewähren. Die Stadt Gottschiee darf aber dann dem Vorhaben insgeheim keine Prügel vor die Füße werfen. Sie soll sich einmal offen bauernfreundlich zeigen. Wir wollen ihr dafür alle landwirtschaftlichen Filialen und Südmärkfortsgruppen, welche sie uns zu Liebe schaffen will, schenken. Eine Frachtenstation ist für uns wichtiger als landwirtschaftliche Filialen und Südmärk.

— (Dr. Gschmann) ist Minister geworden. Diese Nachricht der letzten Tage hat sich auch in unseren Dörfern schnell verbreitet. Also haben doch wir christlichsoziale Bauern Recht bekommen, da wir volles Vertrauen in ihn gesetzt, seitdem er das erstemal unter uns erschienen war. Wen der Kaiser selbst so hoch ehrt und in solche Stellung beruft, der verdient unser ganzes Vertrauen. Die Beschimpfungen und Roheiten, welche sich damals irgeleitete Bauern gegen Dr. Gschmann zu Schulden kommen ließen, bilden kein Ehrenblatt in der Geschichte Gottschees. Das ist nun wohl jedem klar geworden. Doch kennen wir den edlen Charakter dieses Mannes zu gut, als daß wir fürchten müßten, Minister Dr. Gschmann werde ob jener traurigen Vorfälle es den Gottscheern entgelten lassen.

— (Unsere Jagd) hat gewisse Herren in der Stadt arg verschmüpft. Sie wären so gern Pächter geworden, konnten es aber nicht durchsetzen. Offenen Zorn darob zur Schau zu tragen, fürchten sich zwar die Guten, weil sie ausgelacht würden. Dafür suchen sie ihren Unmut in den Lügennachrichten zu kühlen. Nun hätten wir schließlich nichts einzuwenden gehabt, wenn auch weiterhin gutzahlende Fremde Pächter geblieben wären. Nur gegen die verschmüpften Jagdliebhaber aus der Stadt mußten wir uns sicherstellen von wegen der Sicherheit unseres Lebens. Daß ein Jäger eine Hausziege für ein Reh hält, mag noch hingehen; daß aber vor etlichen Jahren ein Vorgänger des Notars Moritz K. den längsten Mann unserer Gegend anschoß, in der Meinung, ein Reh vor sich zu haben, und daß vor gar nicht langer Zeit ein zweiter Schütze aus der Stadt in gleicher Weise Mensch und Wild verwechselte und den armen Menschen für vierzehn Tage krank schoß, das ist denn doch des Guten zuviel. Begreift man nun jetzt, warum wir vor städtischen Sonntagsjägern Respekt haben und ihnen unser Jagdrevier nicht anvertrauen können?

Oberskrill. (Legate für Kirche und Schule.) Der verstorbene Oberleutnant Adolf Ott hat in seinem schriftlichen Testamente vom 8. Jänner 1903 ein Kapital von 12.000 K substituitionsweise zu zwei Dritteln der Kirche in Oberskrill und zu einem Drittel der Kirche und der Schule in Unterskrill vermacht. Der Fruchtgenuß hievon hat seine Frau auf Lebensdauer. Das Fruchtsifikat wird im Einvernehmen mit der Nutznießerin in Staatsschuldverschreibungen angelegt.

Mösel. (Besitzwechsel.) Das Haus Nr. 39, vulgo Ramsrigersch, hat schon wieder einen neuen Besitzer. Vor zwei Monaten verkaufte es Johann Pangretitsch an Johann Hutter und am 9. November erwarb es um 21.000 K, also mit einem Mehrpreise von 600 K, der Fleischhauer Josef Jonke, der bereits einmal Wirtshauspächter auf dem Hause war. Bemerkenswert ist, daß dieses Haus seit einem halben Jahrhundert sechs Herren zu verzeichnen hat. Auf den ursprünglichen Besitzer Andreas Jonke folgte im Jahre 1860 Josef Händler aus Klindorf, auf diesen im Jahre 1881 Josef Petsche aus Mooswald, dann kam 1894 als Besitzer Matth. König aus Göttenitz, im Jahre 1903 Johann Pangretitsch aus Bresowitz, im September 1907 Johann Hutter aus Otterbach und nun der obgenannte Josef Jonke.

Reintal. (Verunglückt) ist am 9. Oktober der verheiratete Johann Schemitsch von Nr. 28, vulgo Gregerisch, der in Chicago in einem Brauhause abstürzte.

Ebental. (Sterbefall.) Am 23. d. M. wurde die Frau unseres Bauernrates Maria Pfeifer unter großer Teilnahme zu Grabe getragen. Erst 33 Jahre alt, war sie an Verblutung gestorben.

Göttenitz. (Auswanderung.) Am 14. v. M. reisten wieder neun Personen nach Amerika, drei Männer, zwei Burshen und vier Mädchen. Die Männer waren bereits einmal dort und taten heuer, als ob es nimmer geseht sein könnte. Viel Hoffnung machte ihnen allerdings die Südmärk. Jetzt kehrten sie wieder in ihre neue Heimat zurück.

Unterlag. (Aus der Vergangenheit unserer Pfarre.) Im ältesten Sterberegister der Pfarre Unterlag lesen wir auf dem ersten Blatte folgendes: „Ad perpetuam rei memoriam. Im Jahre 1819 wurde die Lokalkirche zu Unterlag von der Pfarrgemeinde dieser Lokalie auf ihre Unkosten ganz neu aufgebaut unter dem damaligen Herrn Matthäus Beneditschitsch, Lokalprieester allda. Dann wurde erst im Jahre 1823 der Stukaturboden hinaufgetan, die Sakristei erbaut unter dem Herrn Matthias Köstner, Lokalkaplan, und endlich im Jahre 1824 wurde die ganze Kirche angeworfen, ausgeputzt und ausgeweißt, so auch die Sakristei und hinten der Chor und dieses auch alles auf Unkosten der Lokaliegemeinde wie auch der Schubladaften der Sakristei, welches sich auf 230 fl. C. M. belaufen hat. — Und dieses ist auch unter Anführung des damaligen Herrn Lokalkaplans Matthäus Köstner geschehen. — Den 6. Jänner 1825 als am heil. drei Königtage, wurde (war) hier ein so heftiger Sturmwind, daß er den Thurm über die Freyhofmauer hinaus schleuderte. — Im Jahre 1826 wurde die Kanzel auf Unkosten der Gemeinde um 30 fl. unter dem Herrn Matthäus Köstner, Lokalkaplan allda, gekauft. — Abkopiert aus einer völlig schon verschnittenen und verrissenen, von Matthäus Köstner gemachten Urkunde von Barthelme Medved, Provisor, den 10. März 1836.“ — Ferner lesen wir dort: „In perpetuam rei memoriam. Im Jahre 1838 ist vermöge Konkurrenz der Nachbarschaften von Unterlag, Kostigen, Hrlin, Gerant, Werth, Unterwilpa, Neugereut und Unterpockstein (nur für genannte Dörfer) der hiesige, ehonor zu kleine und zu enge Friedhof an der hinteren Seite der Lokalie-Kirche Sankt Petri zu Unterlag um 60 Quadratklaster Länge und Breite für 90 fl. C. M. erweitert und mit einer neuen eckenförmigen Mauer umfriedet worden und am 4. Dezember, am Tage der heiligen Barbara, vom Herrn Dechant Martin Kankel im Beisein der Herren Michael Wolf, Pfarrer von Mösel, Kuraten Franz Grum von Deutschau und einer beträchtlichen Menschenmenge benediziert worden. Urkund dessen nachstehende Fertigung: Brthel. Medved.“ — Den

Anstoß zur Erweiterung des Friedhofes dürfte die Choleraepidemie im Jahre 1836 gegeben haben. — Das erste Taufbuch der Lokalie (gegenwärtig Pfarre) Unterlag beginnt mit 5. September 1799. Das älteste Sterberegister (liber mortuorum) scheint zu fehlen; das zweite Sterberegister beginnt mit 17. September 1812, das erste Trauungsbuch mit dem Jahre 1813.

Tschermoschnitz. (Semitscher Wein. — Weißkrainer Bahn.) Von allen Seiten laufen Berichte ein über die gute Weinernte und werden Käufer aufgefordert, dahin und dorthin zu kommen und sich mit einem guten Tropfen zu versehen; nur das schon von jeher berühmte Semitscher Weingebirge scheint ganz vergessen zu sein. Und doch haben gerade die Semitscher heuer einen ausgezeichneten guten Tropfen; nicht ein Kern von Hagel, kein Unwetter ist über die Rebe gekommen. Bei günstigem Wetter haben sich die Trauben ohne die geringste Fäulnis zu einer ausgezeichneten Frucht entwickelt. Auch unsere Gottscheer haben im Semitscher Gebirge viele Weingärten, aber unsere Landsleute fahren leider lieber in das weit entlegene Istrien hinunter, während sie zu Hause, sozusagen vor der Nase, eine weit bessere Ware haben; mag sie vielleicht auch ein bißchen teurer sein, dafür ist sie vier-, fünfmal besser. — Mit Bedauern hören wir, daß die Weißkrainer Bahn über den Gorianz geführt werden soll und Strascha-Töplitz-Tschermoschnitz zc. links oder eigentlich rechts liegen bleibt. Ist wirklich an dem Umwege von ein paar Kilometern so viel gelegen? Die Linie von Rudolfswert direkt über den Gorianz braucht in ein paar Jahren, wenn das Holz in Radoha ausgegangen ist, keine Station mehr, sie wird dann nicht um einen Kreuzer Fracht aufzunehmen haben. Die Linie Strascha-Tschermoschnitz würde zuerst das bekannte Bad Töplitz berühren, den Gemeinden Linödt und Seisenberg großen Nutzen bringen, ferner Tschermoschnitz mit seinen Sägen, Urwäldern, seiner stark entwickelten Holzindustrie, dann Stockendorf und Pöllandl, also sechs Gemeinden in die Verkehrssphäre einbeziehen. Der Bau selbst wäre billiger, ein Tunnel wäre nicht notwendig. Die Steigung durch Tschermoschnitz ist bei weitem nicht so groß wie man es von gegnerischer Seite behauptet, die Strecke hat einen festen Grund, wodurch vielleicht die Ackerbauarbeiten verbilligt würden. Man schreit und lamentiert immer über die Auswanderung nach Amerika, ja, sie ist da im großen Maßstabe; Tschermoschnitz allein hat Amerika schon über 1100 Bürger und Bürgerinnen gestellt und stellt alle Monate neue. Jetzt kann diesem Krebsübel ein Kiegel vorgehoben werden. Ihr Männer, deren Mund stets von Volkswohl voll ist, jetzt zeigt, daß euch wirklich das Wohl des Volkes, nicht aber nur ein paar Kapitalistenfäcke am Herzen liegen; sonst sind euere Reden nichts anderes als bei den Fenstern des Abgeordnetenhauses hinausgeworfene Zuckerbonbons. Die interessierten Gemeinden aber sollten Petitionen überreichen und eine Abordnung nach Wien schicken.

Tiefenbach. (Straße. — Hausierhandel in Ungarn.) Unsere Gemeinde besitzt einen schönen Wald mit schlagbarem Holz; aber da wir keine ordentliche Straße, sondern nur einen schlechten, für schwere Fuhrn unbrauchbaren Gemeindegeweg haben, können wir unser Holz nicht entsprechend verwerten. Ein Herr aus Fiume hat uns für unsern Wald schon ein sehr hübsches Angebot gemacht, allein es war an die Bedingung geknüpft, daß zuvor eine ordentliche Straße gebaut werden müsse. Wenn einmal der in Aussicht genommene Bau der Bezirksstraße Mrauen-Bröse-Morobitz durchgeführt sein wird, wird man wohl auch auf uns Tiefenbacher nicht vergessen und Tiefenbach auch in das Bezirksstraßennetz einbeziehen. Gut Ding braucht Weile, sagt man. Hoffentlich wird die neue Straße nicht noch Jahre lang auf sich warten lassen, denn unsere wirtschaftlichen Verhältnisse drängen gebieterisch zur endlichen Lösung dieser Frage. Es droht uns ohnehin auch von anderer Seite Unheil. Nicht wenige Tiefenbacher hausieren nämlich in Ungarn und nun hören wir zu unserer Betrübnis, daß, wenn der österreichisch-ungarische Ausgleich in Geltung getreten sein wird, die österreichischen Hausierer aus Ungarn werden ausgewiesen werden. Das wird unsere Leute hart treffen und zu machen wird dagegen leider nichts sein, wenn nicht vielleicht hie und da ein kleines „Trinkgeld“ hilft. Soll dann die

Zahl der Auswanderer nach Amerika noch größer werden? Oder sollen sich diese Hausierer um die ungarische Staatsbürgerschaft bewerben, um ihrem Erwerbe in Ungarn nachgehen zu können? Das hat doch auch wieder so manche Nachteile. Nicht einmal ein Stampsches Stipendium könnte der Sohn eines Tiefenbacher „Ungars“ bekommen, weil er die Zuständigkeit zur Heimatgemeinde und nach Österreich verliert. Freilich werden auch die ungarischen Hausierer aus Österreich ausgesperrt werden und da könnte dann mancher Tiefenbacher Hausierer in Wien oder anderswo vielleicht Brot und Erwerb finden. Wir müssen nun fleißig achtgeben, um nicht zu übersehen, wie sich die Sache wenden wird, und um im rechten Augenblicke nicht ganz unvorbereitet und ratlos dazustehen.

Obergras. (Volkschulwesen.) An der hiesigen Volkschule ist mit Bewilligung des Landes Schulrates der ungeteilte Vormittagsunterricht eingeführt worden.

Reuter. (Schulerrichtungen.) Da die gesetzlichen Voraussetzungen für die Errichtung einer einklassigen Volkschule in Reuter (Laase) im Schulsprengel Tschermoschnitz für die Ortshafte Laase, Plösch und Drandul zutreffen, wurde am 14. d. M. wegen Errichtung dieser Schule die kommissionelle Verhandlung an Ort und Stelle vorgenommen, wobei auch die Frage der Einbeziehung der Fabriksansiedlung Radoha (zwei Kilometer von Laase entfernt) in den zu bildenden Schulsprengel und die Frage der Unterrichtsprache verhandelt wurde.

Stalldorf. (Erkurrendoschule.) Am 15. d. M. fand die Erhebung und Verhandlung wegen Aktivierung eines Erkurrendoschulunterrichtes für die Ortshafte Stalldorf, Reffen, Ribnik und Scherenbrunn mit dem Standorte in Stalldorf statt.

Rudolfswert. (Aushängetafeln zum neuen Weingesetz.) Im Sinne des § 10 des neuen Weingesetzes vom 12. April l. J., welches schon mit 1. Dezember 1907 in Kraft tritt, hat jeder, der Wein gewerbsmäßig erzeugt, behandelt oder verkauft, in den hiefür bestimmten Räumen an einer in die Augen fallenden Stelle in deutlichem Ausdruck die §§ 2 bis 14 dieses Gesetzes ersichtlich zu machen. Sonach muß jeder Wirt, Weinproduzent, Weinhändler zc. in seinem Keller, Wirtskloke usw. den Abdruck dieser Paragraphen aushängen. Der Verleger der „Allgemeinen Weinzeitung“ (Hugo H. Pitschmanns Journalverlag, Wien I., Schaufergasse 6) hat geeignete Aushängetafeln mit deutschem Wortlaute dieser Paragraphen herausgegeben und hat über Ersuchen des Gefeertigten auch solche Tafeln mit slowenischem Wortlaute verlegt. Eine solche Tafel aus starkem Karton kostet 80 h, ein solche aus Blech, die besonders für feuchte Kellereien geeignet ist, kostet 2 K 80 h. Da bei größerer Bestellung ein Nachlaß gewährt wird, würde es sich empfehlen, daß die Weinbauer die nötigen Tafeln gemeinschaftlich im Wege der Gemeindeämter, Vereine zc. bestellen würden. Auch ist der Gefeertigte bereit, die Bestellungen auf solche Tafeln bis 28. d. M. entgegenzunehmen. Ich mache speziell die Weinbauer darauf aufmerksam, damit sie sich durch ein Verschämmnis der Anbringung der Tafeln nicht die gesetzliche Strafe zuziehen. B. Skalicky, k. k. Weinbauinspektor in Rudolfswert.

Nachrichten aus Amerika.

Cleveland. (Mord und Selbstmord.) Der Vorort Euclid war Freitag, den 1. November, der Schauplatz einer Mord- und Selbstmordtragödie. Der Täter ist heute Mittag im Glenville-Hospital gestorben, während das Ableben seines Opfers stündlich erwartet wird. Die Opfer der Mordtat sind der 26jährige Franz Sigmund aus Ebental, wohnhaft in Cleveland Ost 26. Straße und Superior Ave., und seine Frau Josefa, die seit zwei Jahren von ihm getrennt lebte und als Hausmädchen in der Familie des John Shork in Euclid bei Cleveland sich selbst ihren Unterhalt verdiente. Die Weigerung der Frau, zu dem Manne, der nicht genügend für sie gesorgt hatte, zurückzukehren, war der Grund der Tat. Wie schon öfter, sprach Franz Sigmund auch am Freitag bei seiner Frau vor; diesmal in der Gesellschaft eines andern jungen

Mannes, dessen Persönlichkeit bis jetzt nicht festgestellt ist. Franz erneuerte seine Bitten an die Frau, zu ihm zurückzukehren, fand aber keine Gegenliebe. Doch gab es keinen Streit und kein lautes Sprechen, so daß die Frau Schork die Konvertierenden allein ließ und in den Garten ging. Da hörte sie plötzlich einen Schuß und ihr fünfjähriges Töchterchen kam gesprungen und sagte, was geschehen sei. Sigmund hatte seine Frau in die Brust geschossen. Der junge Mann, der ihn begleitet hat, lief, was er laufen konnte, nach den Collinwooder Eisenbahnhöfen. Der Mordburche selbst eilte auf die Straße und schob sich dort eine Kugel in den Kopf. Er war nicht auf der Stelle tot. Die Kugel war ihm unter dem Kinn in den Kopf gedrungen und aus dem rechten Auge wieder herausgekommen. Er wurde ins Glenville-Hospital gebracht, wo

er heute Mittag gestorben ist, und seine Frau in das St. Clair-Hospital. Zu bemerken ist noch, daß diese Eheleute schon in der alten Heimat getrennt gelebt hatten, so daß nicht Amerika schuld daran ist.

Briefkasten.

— er. So geht es eben. Junge, unerfahrene Leute frugen ihre Haut zu Markte und der Anstifter all der früheren Kravalle, die nachträglich gerichtliche, politische oder disziplinarer Nachspiele hatten, hielt sich meist feige versteckt und wagt es jetzt sogar, die „Nachgelüste“ von Herren in hervorragender Stellung als Ursache der empfindlichen Strafen hinzustellen. Wann wird man denn endlich diesen Mephisto von Gottschie allseits richtig durchschauen und nach Gebühr einschätzen?

Bei einmaliger Einschaltung kostet die viergespaltene Kleindruckzeile oder deren Raum 10 Heller, bei mehrmaliger Einschaltung 8 Heller. Bei Einschaltungen durch ein halbes Jahr wird eine zehnprozentige, bei solchen durch das ganze Jahr eine zwanzigprozentige Ermäßigung gewährt.

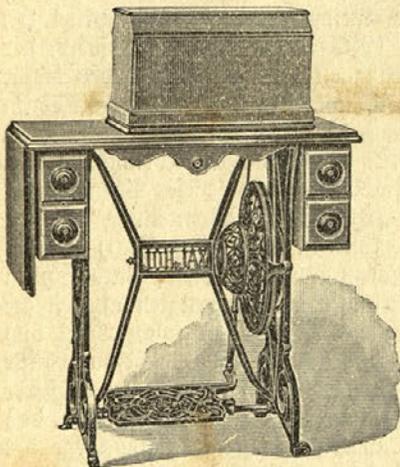
Anzeigen.

Die Anzeigengebühr ist bei einmaliger Einschaltung gleich bei Bestellung, bei mehrmaliger vor der zweiten Einschaltung zu erlegen. — Es wird höflich ersucht, bei Bestellungen von den in unserem Blatte angezeigten Firmen sich stets auf den „Gottscheer Bote“ zu beziehen.

Verein der Deutschen a. Gottschie
 in Wien.

Sitz: A. Mords Restauration „Zum roten Igel“
 I., Albrechtsplatz Nr. 2.

Zusammenkunft: Jeden ersten Sonntag im Monate.



Reichhaltiges Lager der besten und billigsten

Fahrräder und Nähmaschinen

für Familie und Gewerbe

Schreibmaschinen.

Langjährige Garantie.

Johann Jax & Sohn • Laibach
 Wienerstrasse Nr. 17.

Keil-Lack

vorzüglichster Anstrich für weichen Fußboden

- Keils weiße Glasur für Waschtische 90 h
- Keils Goldlack für Rahmen 40 h.
- Keils Bodenwische 90 h.
- Keils Strohhutlack in allen Farben.

Stets vorrätig bei:

Franz Loy in Gottschie.

Abonnieret und leset den „Gottscheer Bote“!

Gegründet im Jahre 1832.

Die anerkannt besten

Oelfarben

auf Maschinen neuester Konstruktion abgerieben, an Feinheit und Deckkraft jede Konkurrenz übertreffend, empfiehlt zu billigen Preisen

ADOLF HAUPTMANN, Laibach
 Ölfarben-, Firnis-, Lack- und Kittfabrik.

Lager von Maler- und Anstreicher-Artikeln.

Illustrierte Preisbücher portofrei und umsonst.

Verkauf im großen!

Verkauf im kleinem!

Im Hause des Herrn Franz Jonke in Gottschie
 Hauptplatz Nr. 87

Zahnarzt

aus Laibach • Spitalgasse 7.

Amerikanische Zähne.

Amerikanische Zähne.

Alle technischen Arbeiten werden im konzess. Atelier

O. Seydl ausgeführt.

Ordiniert nur jeden Donnerstag von 9 — 5 Uhr.